

Jörg Nerlich/Georg Kreplin/Holger Rhode (Hrsg.)
Münchener AnwaltsHandbuch
Insolvenz und Sanierung

Münchener Anwalts Handbuch

Insolvenz und Sanierung

Herausgegeben von

Dr. Jörg Nerlich

Rechtsanwalt in Köln

Georg Kreplin

Rechtsanwalt in Düsseldorf

und

Holger Rhode

Rechtsanwalt in Düsseldorf

Bearbeitet von:

Christian Althaus, Rechtsanwalt in Essen; *Christian Assmann*, M.A., Steuerberater in Hamburg; *Dr. Andreas Beck*, Rechtsanwalt in Achern; *Dr. Jörg Bornheimer*, Rechtsanwalt in Wuppertal; *Isabel Christiani*, Rechtsanwältin in Köln; *Dr. Alexander Eckhardt*, Rechtsanwalt in Kerpen; *Björn Epler*, Dipl.-Fw. (FH) und Steuerberater in Hamburg; *Dana Fanse-low*, Regierungsobererrätin am Sächsischen Rechnungshof in Döbeln; *Christian Forcher*, Rechtsanwalt in Achern; *Frank-Michael Goebel*, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Koblenz; *Volker Henn-Anschütz*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Christoph Hennings-meier*, Rechtsanwalt in Hamburg; *Dr. Hendrik Heye*, Rechtsanwalt in Frankfurt am Main; *Martin Janner*, Rechtsanwalt in Penzberg; *Dr. Jan Janßen*, Rechtsanwalt in Köln; *Georg Kreplin*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Andreas Lachmann*, LL.M., Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Rolf Leithaus*, Rechtsanwalt in Köln; *Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfgang Mincke*, Rechtsanwalt in Berlin; *Nada Nasser*, Rechtsanwältin in Düsseldorf; *Holger Rhode*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Michael Schaumann*, Rechtsanwalt in Köln; *Chris Tautorius*, Rechtsanwalt in Murnau; *Guido Utsch*, Rechtsanwalt in Köln; *Petra von Vietinghoff*, Rechtsanwältin in Essen; *Dr. Mike Westkamp*, Rechtsanwalt in Wuppertal

4., überarbeitete und erweiterte Auflage 2023



Zitiervorschlag: MAH Insolvenz/Bearbeiter § 1 Rn. 1

www.beck.de

ISBN 978 3 406 77134 7

© 2023 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
Umschlagsgestaltung: Kunst oder Reklame, München



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 4. Auflage

Die mittlerweile vierte Auflage unseres Anwaltshandbuchs ist eine Bestätigung dafür, dass das Sanierungs- und Insolvenzrecht seinen festen Platz nicht nur im Beck Verlag hat, sondern weiterhin an Bedeutung gewinnt. Insbesondere durch das neu geschaffene Restrukturierungsverfahren wurde die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, eine Sanierung bereits vor der Insolvenz mit unterschiedlichen Regelszenarien zu ermöglichen. Mit dem auf einer EU-Richtlinie basierenden Verfahren steht erstmals neben den bereits bekannten Instrumenten des Insolvenzplanverfahrens, der Eigenverwaltung oder des Schutzschirmverfahrens ein neues modernes Sanierungs- und Restrukturierungsverfahren zur Verfügung, das zeitlich einem Insolvenzverfahren vorgelagert ist.

Wir wollen diese umfassende Thematik einer möglichst großen Zahl von Rechtsanwälten und Praktikern, aber auch Berufsanfängern, anschaulich und übersichtlich näherbringen. Unser Ziel ist es, mit diesem Buch eine Soforthilfe für Fragestellungen rund um diese Spezialmaterie zu bieten, um die Mandatsbearbeitung im vorinsolvenzrechtlichen Sanierungsmandat ebenso abzudecken, wie die aufkommenden Fragestellungen bei den verschiedenen Beteiligten in einem späteren Insolvenzverfahren.

Nicht zuletzt die positive Resonanz in Rechtsprechung und Literatur in Bezug auf die letzten Auflagen hat uns ermutigt, gemeinsam mit unseren Autoren das gesamte Werk nochmals auf den aktuellen Stand zu bringen. Wir haben versucht, unser Handbuch noch umfassender und profunder zu erweitern, um möglichst sämtliche Fragestellungen rund um das Sanierungs- und Insolvenzmandat zumindest vom Grundsatz her beantworten zu können. In vielen Fällen finden sich daher auch weiterführende Fußnoten in den Kapiteln wieder, um dem Leser eine tiefgreifendere Beleuchtung des Themas zu ermöglichen. Darüber hinaus enthält die vierte Auflage bereits eine umfassende Verknüpfung auf die im Jahr 2024 in Kraft tretende größte Reform des Personengesellschaftsrechts infolge des Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG).

Die vierte Auflage hat sich aber auch aus juristischer und politischer Sicht aufgedrängt, da die Bundesregierung infolge der Corona-Pandemie mit zahlreichen gesetzlichen Neuerungen versucht hat, einem sprunghaften Anstieg von Insolvenzen entgegenzusteuern. Das effizienteste Mittel war dabei die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht ab dem 1.9.2020. Die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht wurde mehrmals modifiziert. Sie endete schließlich am 30.4.2021.

Die vierte Auflage enthält daher sämtliche Änderungen infolge des „Gesetzes zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und zur Begrenzung der Organhaftung bei einer durch die COVID-19-Pandemie bedingten Insolvenz“ (COVInsAG), das nunmehr als „Gesetz zur vorübergehenden Anpassung sanierungs- und insolvenzrechtlicher Vorschriften zur Abmilderungen von Krisenfolgen“ (SanInsKG) zwar keine Aussetzung der Insolvenzantragspflicht, wohl aber bis zum Jahresende 2023 eine Modifizierung der Insolvenzantragspflicht sowie des Prognosezeitraums im Rahmen der Überschuldungsprüfung, beim Antrag auf Eigenverwaltung bzw. im Rahmen des Restrukturierungsverfahrens vorsieht.

Bereits durch das im Jahr 2021 in Kraft getretene „Gesetz zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts“ (SanInsFoG) wurden erstmals gesetzliche Festlegungen für den Prognosezeitraum bei dem Eröffnungsgrund der drohenden Zahlungsunfähigkeit sowie bei der Überschuldung getroffen. Darüber hinaus erfolgten weitere Neuerungen bei der Insolvenzantragspflicht, im Rahmen der (vorläufigen) Eigenverwaltung und einer zentralen Geschäftsleiterhaftung nach der InsO.

Schließlich wurde mit dem „Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Anpassung pandemiebedingter Vorschriften im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins- und Stiftungsrecht sowie im Miet- und Pachtrecht“ (COVRSPÄndG) erstmals eine volle Entschuldung spätestens nach 3 Jahren ermöglicht.

Vorwort

In diesem Zusammenhang möchten wir uns bei allen alten und neuen Autoren bedanken, die sich bei dieser Neuauflage entsprechend engagiert haben. Wir haben ausschließlich Praktiker im Autorenteam, was sicherlich die Qualität dieses praxisorientierten Handbuches besonders gut widerspiegelt. Unser Dank gilt aber auch den zahlreichen Mitarbeitern des Beck-Verlages, die uns Herausgeber und Autoren bei der Manuskriptbearbeitung und -korrektur tatkräftig unterstützt haben.

Wie schon in der Vergangenheit sind wir stets über Anregungen und Kritik unserer Leserschaft dankbar, um so die Weiterentwicklung unseres Handbuches zu ermöglichen.

Düsseldorf, im März 2023

Georg Kreplin und Holger Rhode

Inhaltsübersicht

	Seite
Inhaltsverzeichnis	IX
Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter	XXIX
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXXIII

Teil A. Sanierungsrecht

§ 1	Einleitung: Das sanierungsrechtliche Mandat (<i>Kreplin/Fanselow</i>)	1
-----	---	---

1. Abschnitt. Die Beratung der zu sanierenden Gesellschaft

§ 2	Betriebswirtschaftliche Grundlagen und Rahmenbedingungen (<i>Assmann</i>) ...	6
§ 3	Arbeitsrechtliche Fragestellungen (<i>Fanselow</i>)	28
§ 4	Gesellschaftsrechtliche Fragestellungen – erläutert am Beispiel der GmbH (<i>Nerlich/Rhode</i>)	121
§ 5	Steuerliche Konsequenzen von Sanierungsmaßnahmen (<i>Gras/Epler</i>)	194
§ 6	Bilanzrechtliche Fragestellungen (<i>Assmann</i>)	215
§ 7	Beratung bei Beteiligung von Kreditinstituten (<i>Bornheimer/Westkamp</i>)	233
§ 8	Allgemeine Vorgaben für erfolgreiche Sanierungskonzepte (<i>Lachmann</i>)	265
§ 9	Besonderheiten einzelner Sanierungsobjekte (<i>Kreplin/Fanselow/Leithaus/Eckhardt</i>)	310
§ 10	Stabilisierungs- und Restrukturierungsverfahren (<i>Kreplin/Fanselow</i>)	366

2. Abschnitt. Die Beratung der Gläubiger

§ 11	Allgemeines zur Gläubigerberatung (<i>Kreplin/Fanselow</i>)	374
§ 12	Besonderheiten bei Kaufverträgen (<i>Christiani</i>)	379
§ 13	Besonderheiten bei Werkverträgen (<i>Janßen</i>)	385
§ 14	Besonderheiten bei Miet- und Leasingverträgen (<i>Janßen</i>)	396
§ 15	Besonderheiten bei Factoringverträgen (<i>Kreplin/Fanselow</i>)	407
§ 16	Besonderheiten bei Patenten und Lizenzverträgen (<i>Commandeur/Utsch</i>)	412
§ 17	Besonderheiten bei Versicherungsverträgen (<i>Nasser</i>)	418
§ 18	Besonderheiten im IT-Bereich (<i>Schaumann</i>)	432

3. Abschnitt. Die Beratung des Investors

§ 19	Allgemeines zur Investorberatung (<i>Kreplin/Fanselow</i>)	445
§ 20	Arbeitsrechtliche Fragestellungen des Unternehmenskaufs in der Krise (<i>Althaus</i>)	448
§ 21	Gesellschafts- und unternehmensrechtliche Fragestellungen (<i>Tautor/Janner</i>)	551
§ 22	Steuerliche Fragestellungen des Unternehmenskaufs in der Krise (<i>Damaschke/Epler</i>)	594

4. Abschnitt. Der Sanierungsberater

§ 23	Rechte und Pflichten des Sanierungsberaters (<i>Riering/Henningsmeier</i>)	616
------	--	-----

Inhaltsübersicht

Teil B. Insolvenzrecht

§ 24	Einleitung: Das insolvenzrechtliche Mandat (<i>Nerlich/Fanselow</i>)	635
------	--	-----

1. Abschnitt. Die Beratung des Schuldners

§ 25	Allgemeines zur Schuldnerberatung (<i>Nerlich/Fanselow</i>)	638
§ 26	Schuldnerspezifische Besonderheiten bei natürlichen Personen – Verbraucherinsolvenz (<i>von Vietinghoff</i>)	674
§ 27	Schuldnerspezifische Besonderheiten bei Personengesellschaften (<i>Leithaus/Kreplin/Fanselow</i>)	703
§ 28	Schuldnerspezifische Besonderheiten bei juristischen Personen (<i>Rhode/Kreplin/Fanselow/Eckhardt/Nerlich/Leithaus</i>)	751
§ 29	Steuerliche Pflichten in der Insolvenz (<i>Damaschke/Epler</i>)	829
§ 30	Kreditgeschäft und Kreditsicherheiten (<i>Bornheimer/Westkamp</i>)	851

2. Abschnitt. Die Beratung der Gläubiger

§ 31	Allgemeines zur Gläubigerberatung (<i>Nerlich/Rhode</i>)	963
§ 32	Aussonderungsgläubiger (<i>Riering/Henningsmeier</i>)	1000
§ 33	Absonderungsgläubiger (ohne Grundpfandgläubiger) (<i>Riering/Henningsmeier</i>)	1031
§ 34	Grundpfandgläubiger (<i>Goebel</i>)	1069
§ 35	Arbeitnehmer als Gläubiger und Beteiligte (<i>Henn-Anschütz</i>)	1101
§ 36	Nachlassgläubiger (<i>Kreplin/Fanselow</i>)	1168
§ 37	Vertragspartner gegenseitiger Verträge (<i>Christiani/Janßen/Forcher/Kreplin/Fanselow/Commendeur/Utsch/Nasser/ Schaumann</i>)	1182
§ 38	(Einfache) Insolvenzgläubiger gemäß § 38 InsO (<i>Heye</i>)	1277
§ 39	Nachrangige Insolvenzgläubiger gem. § 39 InsO (<i>Riering/Henningsmeier</i>) ...	1292

3. Abschnitt. Verfahrensrecht

§ 40	Das Insolvenzeröffnungsverfahren (<i>Heye</i>)	1299
§ 41	Prozessuale Fragestellungen (<i>Beck</i>)	1315
§ 42	Forderungsanmeldung und -durchsetzung (<i>Beck</i>)	1335
§ 43	Die Situation nach Beendigung des Insolvenzverfahrens (<i>Beck</i>)	1352

4. Abschnitt. Die Beratung der Geschäftspartner des Insolvenzverwalters

§ 44	Geschäftspartner des vorläufigen Insolvenzverwalters (<i>Heye</i>)	1364
§ 45	Geschäftspartner des Insolvenzverwalters (<i>Heye/Lachmann</i>)	1384

Teil C. Internationale Beratungsfelder

§ 46	Internationales Insolvenzrecht (<i>Mincke</i>)	1431
Sachverzeichnis		1473

Inhaltsverzeichnis

Teil A. Sanierungsrecht

	Seite
§ 1 Einleitung: Das sanierungsrechtliche Mandat	1
1. Abschnitt. Die Beratung der zu sanierenden Gesellschaft	
§ 2 Betriebswirtschaftliche Grundlagen und Rahmenbedingungen	
I. Merkmale einer Krise	7
1. Einleitung und Definition	7
2. Krisenursachen	8
3. Krisenstadien	10
4. Checklisten	12
II. Rechtliche Rahmenbedingungen der Krisenerfassung	14
1. Krisenfrüherkennungspflicht	15
2. Reaktions- und Krisenmanagementfunktion	15
III. Krisenerfassung mittels Kennzahlenüberwachung	16
1. Datenbasis Rechnungswesen	16
2. Kennzahlensysteme	17
IV. Planungsrechnungen als Instrument zur Krisenidentifikation und Unternehmenssteuerung	20
1. Grundlagen von Planungsrechnungen	20
2. Erfordernis einer Planungsrechnung	20
3. Erstellung einer integrierten Planungsrechnung	21
4. Liquiditätsplanung	24
5. Besonderheiten	25
6. Häufige Planungsfehler	26
§ 3 Arbeitsrechtliche Fragestellungen	
I. Mandatsannahme und -bearbeitung	29
II. Bestandsaufnahme	31
1. Organigramm	31
2. Unternehmensstruktur	31
3. Personalstruktur	31
4. Personalvereinbarungen	46
5. Tarifvertragliche Regelungen	75
6. Betriebliche Übung	82
7. Kollektivarbeitsrecht	84
III. Möglichkeiten der Veränderung	87
1. Einleitung	87
2. Kollektive Maßnahmen	88
3. Veränderung einzelvertraglicher Vereinbarungen	90
4. Personalreduzierung	101
5. Beteiligungsrechte des Betriebsrates	110
6. Einzelprobleme	116
§ 4 Gesellschaftsrechtliche Fragestellungen – erläutert am Beispiel der GmbH	
I. Einleitung	125
II. Handlungsspielräume und Haftungsrisiken der Gesellschafter	125

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Unterkapitalisierung, §§ 30, 31 GmbHG	125
2. Finanzierungsentscheidungen in der Krise	132
3. Vermeidungsstrategien und Sanierungsinstrumentarien	138
III. Handlungsspielräume und Haftungsgefahren des Geschäftsführers	161
1. Erfassung der Krisensituation	161
2. Maßnahmenkatalog in Bezug auf die Organisationsstruktur	164
3. Maßnahmenkatalog auf gesellschaftsrechtlicher Ebene	165
4. Weiterer Maßnahmenkatalog auf zivilrechtlicher Ebene	171
5. Maßnahmenkatalog auf insolvenzrechtlicher Ebene	172
6. Haftungsgefahren	176
IV. Handlungsspielräume und Haftungsgefahren des Gesellschafter-Geschäfts- führers	190
1. Handlungsspielräume	190
2. Haftung	191
V. Handlungsspielräume und Haftungsgefahren des Geschäftsführers einer Vorgründungsgesellschaft/Vor-GmbH	191
1. Vorgründungsgesellschaft	192
2. Vor-GmbH	192
§ 5 Steuerliche Konsequenzen von Sanierungsmaßnahmen	
I. Einführung	194
II. Sanierungsmaßnahmen durch die Gesellschafter	195
1. Realisierung von stillen Reserven	195
2. Eigenkapitalbeschaffung	199
3. Darlehensgewährung	202
4. Rangrücktritt	205
5. Forderungsverzicht	206
6. Pensionsverzicht durch den Gesellschafter-Geschäftsführer	209
III. Sanierungsmaßnahmen durch Gläubiger	210
1. Forderungsverzicht	210
2. Schuldumwandlung	213
3. Zahlungsaufschub	213
§ 6 Bilanzrechtliche Fragestellungen	
I. Einleitung	216
II. Bilanzierungspflicht	216
III. Ansatz- und Bewertungsgrundsätze	217
1. Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	217
2. Ansatzvorschriften	217
3. Bewertungsvorschriften	218
IV. Bilanzierungsgrundsätze mit besonderer Bedeutung in der Unternehmens- krise	220
1. Going-Concern oder Break-Up	220
2. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	223
V. Bilanzielle Auswirkungen ausgewählter Sanierungsmaßnahmen	226
1. Maßnahmen des Unternehmens	226
2. Maßnahmen der Kapitalgeber	227
§ 7 Beratung bei Beteiligung von Kreditinstituten	
I. Einleitung	235
II. Die Zeitvorgaben durch gesetzliche Anzeige- und Antragspflichten	235
1. Die Anzeigepflichten vor Eintritt eines Insolvenzgrundes	235
2. Die Anzeigepflichten vor oder mit Eintritt eines Insolvenzgrundes	236

	Seite
3. Die Antragspflichten nach Eintritt eines Insolvenzgrundes	236
III. Die Handlungsalternativen der Unternehmensführung in der Krise	238
1. Liquidation oder Sanierungsversuch	238
2. Außergerichtliche Maßnahmen, StaRUG oder Insolvenzverfahren	239
IV. Die Handlungsalternativen des Kreditinstituts in der Krise	242
1. Die Abwicklung des Kreditengagements	243
2. Das Stillhalten mit Krediten	243
3. Die Sanierung des krisenbetroffenen Unternehmens	244
V. Die Voraussetzungen einer erfolgreichen Sanierung	255
1. Die Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft der Kreditinstitute sowie an das Risikomanagement	255
2. Die Beauftragung eines Spezialisten	262
 § 8 Allgemeine Vorgaben für erfolgreiche Sanierungskonzepte	
I. Einführung	266
1. Besonderheit – Beihilfen und Entschädigungsansprüche	268
2. Besonderheit – Störung der Geschäftsgrundlage	269
II. Anforderungen an ein rechtlich tragfähiges Sanierungskonzept	269
III. Krisen – Due Diligence	273
1. Betriebswirtschaftliche Due Diligence	274
2. Rechtliche Due Diligence	283
IV. Bewertung der Sanierungschancen und Sanierungsrisiken	286
1. Aussagegehalt von Jahresabschlüssen	286
2. Sanierungsunfähigkeit	288
3. Unternehmensrettung vs. Rettung des Vermögens	288
V. Insolvenzanwendung	291
1. Insolvenzantragspflicht	291
2. Mandatsübernahme	292
3. Typische Beratungsfehler	293
4. Zielsetzung der Beratung und Prüfung der Insolvenzfolgen	294
VI. Sanierungsstrategie	294
1. Vorwärtsstrategie	295
2. Kooperationsstrategie	295
3. Nischenstrategie	295
4. Rückzugsstrategie	296
VII. Sanierungsmaßnahmen	296
1. Auflösung des Umlaufvermögens	296
2. Auflösung von Rücklagen	297
3. Verkauf nicht betriebsnotwendigen Vermögens	298
4. Leasing	298
5. Kapitalerhöhung	298
6. Zuzahlungen	300
7. Umwandlungen	301
8. Gesellschafterdarlehen	302
9. Patronatserklärung	304
10. Schuldbeitritt/Schuldübernahme	304
11. Vergleichsvereinbarungen	305
12. Venture Capital	305
VIII. Übertragende Sanierung	305
1. Management Buy-Out	306
2. Änderungen der Gesellschafterstruktur	306
3. Verkauf an einen strategischen Investor oder einen Finanzinvestor	306

Inhaltsverzeichnis

	Seite
IX. Restrukturierung des Unternehmens	307
X. Sanierungskonzept	308
§ 9 Besonderheiten einzelner Sanierungsobjekte	
I. Die Aktiengesellschaft	312
1. Unternehmenskrise	312
2. Insolvenzrechtliche Krise	313
3. Pflichten des Vorstands in der Krise	314
4. Pflichten der Mitglieder/Aktionäre in der Krise	314
5. Finanzwirtschaftliche und gesellschaftsrechtliche Sanierungsmaßnahmen ..	315
II. Die OHG und die KG	322
1. Die Krise der OHG/KG	322
2. Pflichten der Gesellschafter in der Krise	323
3. Finanzwirtschaftliche und gesellschaftsrechtliche Sanierungsmaßnahmen ..	323
III. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	326
1. Allgemeines	326
2. Abgrenzung OHG/GbR	326
3. Rechts-, Partei- und Insolvenzfähigkeit	327
4. Krisenerkennung	328
5. Sanierungsmaßnahmen	330
IV. Die GmbH & Co. KG	332
1. Die Krise der GmbH & Co. KG	332
2. Freiwillige Liquidation und Betriebstilllegung	334
3. Sanierungsmaßnahmen	334
V. Die Genossenschaft	341
1. Die Krise der Genossenschaft	342
2. Sanierungsmaßnahmen	343
3. Haftungsrisiken der Genossenschaftsmitglieder	353
4. Insolvenzantragspflicht	358
§ 10 Stabilisierungs- und Restrukturierungsverfahren	
Das neue Restrukturierungsverfahren nach dem StaRUG	366
1. Historik	366
2. Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen	367
3. Verfahren	368
2. Abschnitt. Die Beratung der Gläubiger	
§ 11 Allgemeines zur Gläubigerberatung	374
§ 12 Besonderheiten bei Kaufverträgen	
I. Einführung	379
II. Kaufverträge über bewegliche Sachen	380
1. Sanierungsgesellschaft als Käuferin	380
2. Sanierungsgesellschaft als Verkäuferin	382
III. Kaufverträge über unbewegliche Sachen	382
1. Sanierungsgesellschaft als Käuferin	382
2. Sanierungsgesellschaft als Verkäuferin	382
IV. Kaufverträge über teilbare Leistungen	383
§ 13 Besonderheiten bei Werkverträgen	
I. Allgemeines	385
II. Sanierungsgesellschaft als Werkunternehmerin	386

	Seite
1. Rechtsfolgen der Insolvenz der Werkunternehmerin	386
2. Kündigungsrecht des Bestellers, § 649 BGB	387
III. Sanierungsgesellschaft als Bestellerin	388
1. Rechtsfolgen der Insolvenz der Bestellerin	388
2. Das Werkunternehmerpfandrecht des § 647 BGB als Sicherungsrecht	390
3. Die Bauunternehmersicherungshypothek des § 650e BGB als Sicherungsrecht	392
4. Sonstige Sicherheiten	393
IV. Besonderheiten des VOB-Vertrages im Insolvenzfall	394
1. Keine vollständige Erfüllung	394
2. Der Sicherungseinbehalt	394
3. Das Kündigungsrecht des Bestellers, § 8 Nr. 2 Abs. 1 VOB/B	395
§ 14 Besonderheiten bei Miet- und Leasingverträgen	
I. Allgemeines zu Mietverträgen	396
II. Mietverträge über bewegliche Sachen	397
1. Sanierungsgesellschaft als Vermieterin	397
2. Sanierungsgesellschaft als Mieterin	397
III. Mietverträge über unbewegliche Sachen	397
1. Sanierungsgesellschaft als Vermieterin	398
2. Sanierungsgesellschaft als Mieterin	399
IV. Allgemeines zu Leasingverträgen	401
V. Leasingverträge über bewegliche Sachen	402
1. Sanierungsgesellschaft als Leasinggeberin	402
2. Sanierungsgesellschaft als Leasingnehmerin	404
VI. Leasingverträge über unbewegliche Sachen	405
1. Sanierungsgesellschaft als Leasinggeberin	405
2. Sanierungsgesellschaft als Leasingnehmerin	406
§ 15 Besonderheiten bei Factoringverträgen	
I. Allgemeines	407
II. Sanierungsgesellschaft als Factor	408
III. Sanierungsgesellschaft als Factoringkunde	409
1. Echtes Factoring	410
2. Unechtes Factoring	410
IV. Sanierungsgesellschaft als Forderungsschuldner	410
§ 16 Besonderheiten bei Patenten und Lizenzverträgen	
I. Einleitung	412
II. Patente und anderes geistiges Eigentum	414
III. Lizenzen als Nutzungsrecht an geistigem Eigentum	415
1. Nutzungsrechte an geistigem Eigentum	415
2. Arten von Lizenzen	415
3. Rechtsqualität von Lizenzen	415
§ 17 Besonderheiten bei Versicherungsverträgen	
I. Der Versicherungsvertrag	418
1. Allgemeines	418
2. Die Rechtsnatur des Versicherungsvertrages	419
II. Sanierungsgesellschaft als Versicherungsnehmerin	419
1. Allgemeines	419
2. Gläubigergruppen der Sanierungsgesellschaft	420
III. Sanierungsgesellschaft als Versicherungsgeberin	430

Inhaltsverzeichnis

§ 18 Besonderheiten im IT-Bereich	Seite
I. Allgemeines	433
II. Hardware	434
III. Software	434
1. Allgemeines	434
2. Computerprogramme als Teil der Insolvenzmasse	435
3. Beratungsfragen mit Blick auf die Nutzung von Software in der Insolvenz ..	436
IV. Internet und Insolvenz	443
1. Insolvenzbeschluss internetspezifischer Inhalte	443
2. Schicksal der Internetverträge	444
3. Verwertung von Domains	444
 3. Abschnitt. Die Beratung des Investors	
§ 19 Allgemeines zur Investorberatung	445
§ 20 Arbeitsrechtliche Fragestellungen des Unternehmenskaufs in der Krise	
I. Einleitung	451
1. Einführung	451
2. Asset Deal versus Share Deal	451
3. Einzel- oder Gesamtrechtsnachfolge	452
II. Betriebsübergang nach § 613a BGB	453
1. Allgemeines	453
2. Tatbestandsvoraussetzungen des Betriebsübergangs	455
3. Rechtsfolgen des Betriebsübergangs für das einzelne Arbeitsverhältnis (§ 613a Abs. 1 S. 1 BGB)	471
4. Unterrichtungspflicht (§ 613a Abs. 5 BGB)	487
5. Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers (§ 613a Abs. 6 BGB)	493
6. Haftungsfragen	498
7. Kündigungen im Zusammenhang mit dem Betriebsübergang (§ 613a Abs. 4 BGB)	501
8. Weitergeltung von Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung (§ 613a Abs. 1 S. 2–4 BGB)	510
9. Betriebsverfassungs- und mitbestimmungsrechtliche Fragen	525
10. Betriebsübergang und Insolvenz	531
11. Allgemeine prozessuale Fragen	535
III. Umwandlungsgesetz und Betriebsübergang	536
1. Allgemeines	536
2. Zuordnung der Betriebe oder Betriebsteile	537
3. Rechtsfolgen des Betriebsübergangs bei Umwandlungen für die Arbeitsverhältnisse	538
4. Unterrichtungspflicht	541
5. Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers	541
6. Haftungsfragen	542
7. Kündigungsschutz	543
8. Rechtsfolgen des Betriebsübergangs bei Umwandlungen für Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung	545
9. Betriebsverfassungsrechtliche und mitbestimmungsrechtliche Fragen	547
10. Beteiligung des Betriebsrats auf Grund von Sonderregelungen des Umwandlungsgesetzes	548
IV. Arbeitsrechtliche Due Diligence-Checklisten	548
1. Individualvertragliche Punkte	549
2. Kollektivrechtliche Punkte	550
3. Betriebliche Altersversorgung	550

§ 21 Gesellschafts- und unternehmensrechtliche Fragestellungen	Seite
I. Begriffsbestimmungen	552
II. Vorfragen: Art und Umfang des Engagements des Investors	553
1. Reorganisation einer Kapitalgesellschaft	555
2. Beteiligung an Personengesellschaften	555
3. Engagement im Rahmen einer Sanierungsumwandlung	555
4. Übertragende Sanierung (Asset-Deal)	555
5. Beispiel für eine Kombination diverser Sanierungsinstrumente im Rahmen des StaRUG	556
III. Vorbereitende Maßnahmen	558
1. Geheimhaltung, Letter of Intent, Verhandlungsprotokolle	558
2. Due Diligence	561
IV. Beratung des Investors bei Übernahme einer Beteiligung	563
1. Übernahme eines Kapitalanteils nach Kapitalschnitt (Barkapitalerhöhung)	563
2. Gestaltung eines Gesellschafterbeschlusses	567
3. Flankierende Maßnahmen zur Sicherung der Interessen des Investors	568
V. Beratung des Investors beim Unternehmenskauf	569
1. Entscheidungshilfen Asset-Deal oder Share-Deal	569
2. Unternehmenskauf	570
VI. Besonderheit beim Anteilserwerb an Kapitalgesellschaft (Share Deal)	577
1. Vertragsgestaltung	577
2. Gesellschaftsrechtliche Haftungsprobleme des Investors bei Anteilserwerb an Kapitalgesellschaft	581
VII. Besonderheiten beim Erwerb einer Beteiligung an Personengesellschaft	582
1. GbR	583
2. OHG	583
3. KG	583
VIII. Sanierungsumwandlung nach dem Umwandlungsgesetz	583
1. Bedeutung von Umwandlungen als Sanierungsinstrument für den Investor	583
2. Sanierungsfusion	584
3. Sanierungsspaltung	586
IX. Beratung des Investors bei Asset-Deal (sog. „übertragende Sanierung“)	589
1. Außergerichtliche oder gerichtliche „übertragende Sanierung“	589
2. Vertragsgestaltung beim Asset-Deal	591

§ 22 Steuerliche Fragestellungen des Unternehmenskaufs in der Krise

I. Einleitung	594
II. Steuerbelastung- und Gestaltung für den Käufer	596
1. Kauf eines Einzelunternehmens	596
2. Kauf von Anteilen an einer Personengesellschaft	601
3. Kauf von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft	604
III. Steuerbelastung- und -gestaltung für den Verkäufer	608
1. Verkauf eines Einzelunternehmens	608
2. Verkauf von Anteilen an einer Personengesellschaft	610
3. Verkauf von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft	612
IV. Haftung	614

4. Abschnitt. Der Sanierungsberater

§ 23 Rechte und Pflichten des Sanierungsberaters

I. Rechte	617
1. Allgemeines	617
2. Honoraranspruch	617

	Seite
3. Auskunftsverweigerungsrecht gegenüber dem Insolvenzverwalter	618
II. Pflichten	618
1. Allgemeines	618
2. Verschwiegenheitspflicht	619
3. Interessenkollision	619
4. Umfassende Rechtsprüfung und -beratung	619
III. Haftung	628
1. Allgemeines	628
2. Haftung gegenüber dem Mandanten	628
3. Haftung gegenüber Dritten	631
4. Strafrechtliche Haftung	632
Teil B. Insolvenzrecht	
§ 24 Einleitung: Das insolvenzrechtliche Mandat	635
1. Abschnitt. Die Beratung des Schuldners	
§ 25 Allgemeines zur Schuldnerberatung	
I. Allgemeines	639
II. Insolvenzfähigkeit	640
1. Natürliche und juristische Personen	640
2. Nicht rechtsfähiger Verein	640
3. Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit	640
4. Nachlass und Gesamtgut	641
5. Juristische Personen des öffentlichen Rechts	641
6. Auslandsgesellschaften	642
III. Rechte, Pflichten und persönliche Beschränkungen des Schuldners	642
1. Insolvenzantragsrechte und -pflichten des Schuldners	644
2. Mitwirkungsrechte und -pflichten	645
3. Verfügungsbeschränkungen und -verbote	647
IV. Gestaltungsmöglichkeiten für den Schuldner	652
1. Betriebsfortführung durch Übernahme der Aktiva (sog. „übertragene Sanierung“)	653
2. Betriebsfortführung durch Restrukturierung mittels eines Insolvenzplans ..	653
3. Eigenverwaltung	669
§ 26 Schuldnerspezifische Besonderheiten bei natürlichen Personen – Verbraucherinsolvenz	
I. Insolvenzfähigkeit	675
1. Allgemeines	675
2. Möglichkeiten im Rahmen der Insolvenzordnung	676
3. Abgrenzung Verbraucherinsolvenzverfahren und Regelinsolvenzverfahren ..	676
II. Insolvenzgrund	677
1. Zahlungsunfähigkeit, § 17 InsO	677
2. Drohende Zahlungsunfähigkeit, § 18 InsO	678
III. Insolvenzantrag	679
1. Schuldnerantrag	679
2. Gläubigerantrag, § 14 InsO	680
IV. Verbraucherinsolvenzverfahren	681
1. Außergerichtlicher Schuldenbereinigungsplan	681
2. Gerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren	683
3. Vereinfachtes Verfahren, §§ 304 ff. InsO	686

	Seite
V. Restschuldbefreiung §§ 286 ff. InsO	686
1. Allgemeines	686
2. Antrag des Schuldners, § 287 InsO	687
3. Entscheidung des Insolvenzgerichts, § 287a InsO	689
4. Erwerbsobliegenheit des Schuldners, § 287b InsO	689
5. Bestimmung des Treuhänders, § 288 InsO	690
6. Einstellung des Insolvenzverfahrens, § 289 InsO	690
7. Versagungsgründe gemäß § 290	690
8. Anündigung der Restschuldbefreiung, § 291 InsO	692
9. Rechtsstellung des Treuhänders § 292 InsO	693
10. Vergütung des Treuhänders, § 293 InsO	693
11. Gleichbehandlung der Gläubiger, § 294 InsO	694
12. Die Obliegenheiten des Schuldners	694
13. Verstoß gegen Obliegenheiten, § 296 InsO	697
14. Insolvenzstraftaten, § 297 InsO	697
15. Nachträglich bekannt gewordene Versagungsgründe, § 297a InsO	698
16. Deckung der Mindestvergütung des Treuhänders, § 298 InsO	698
17. Vorzeitige Beendigung § 299 InsO	698
18. Entscheidung über die Restschuldbefreiung, § 300 InsO	698
19. Neuerwerb im laufenden Insolvenzverfahren, § 300a InsO	700
20. Wirkung der Restschuldbefreiung, § 301 InsO	700
21. Ausgenommene Forderungen, § 302 InsO	700
22. Widerruf der Restschuldbefreiung, § 303 InsO	701
23. Eintragung in das Schuldnerverzeichnis, § 303a InsO	702
 § 27 Schuldnerspezifische Besonderheiten bei Personengesellschaften	
I. Die GbR	705
1. Insolvenzfähigkeit der Gesellschaft	705
2. Insolvenz der Gesellschafter	705
3. Möglichkeiten der Haftungsbeschränkung in der GbR; Gründungs- beratung	707
4. Stellung des Insolvenzantrages über das Vermögen einer GbR	710
5. Das Verfahren nach Antragstellung; Anordnung von Sicherungs- maßnahmen über das Vermögen der GbR	715
6. Eröffnung und eröffnetes Insolvenzverfahren über das Vermögen der GbR	715
7. Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Gesellschafters einer GbR	716
8. Persönliche Haftung der Gesellschafter (§§ 92, 93 InsO)	717
II. Die OHG und die KG	721
1. Einleitung	721
2. Insolvenzfähigkeit	722
3. Insolvenzgründe	722
4. Insolvenzantrag	723
5. Abweisung und Einstellung mangels Masse	726
6. Das gerichtliche Insolvenzverfahren	726
7. Eröffnung des Insolvenzverfahrens	727
8. Persönliche Gesellschafterhaftung	728
9. Die Kommanditistenhaftung	731
10. Insolvenzmasse	735
11. Restschuldbefreiung	737
III. Die GmbH & Co. KG	737
1. Rechtliche Einheit und Trennungsprinzip	737

	Seite
2. Insolvenzfähigkeit	738
3. Insolvenzgründe	739
4. Insolvenzantrag – Haftungsrechtliche Folgen bei schuldhafter Verletzung ..	742
5. Sonstige Rechte, Pflichten und Haftungsrisiken des Geschäftsführers	745
6. Das Insolvenzverfahren	748
7. Insolvenzmasse	749
8. Eigenkapitalersatz bei der GmbH & Co. KG	750
9. Fortsetzung der GmbH & Co. KG	750
 § 28 Schuldnerspezifische Besonderheiten bei juristischen Personen	
I. Die GmbH	755
1. Allgemeines	755
2. Insolvenzfähigkeit	755
3. Insolvenzgründe	755
4. Insolvenzantrag	756
5. Wirkung der Verfahrenseröffnung auf das Gesellschaftsvermögen	759
6. Abschluss des Insolvenzverfahrens	760
7. Rechtsstellung des Geschäftsführers	761
8. Besonderheiten bei der Vorgründungsgesellschaft und der Vor-GmbH	767
9. Konzernrechtliche Besonderheiten	768
II. Die Aktiengesellschaft	769
1. Insolvenzfähigkeit	769
2. Insolvenzantrag	770
3. Kompetenzaufteilung im eröffneten Verfahren	774
4. Insolvenzmasse	778
5. Rechtliche Stellung der Insolvenzgläubiger	781
6. Eigenkapitalersatz bei der Aktiengesellschaft	782
7. Besonderheiten bei der KGaA	783
III. Die Genossenschaft	784
1. Insolvenzfähigkeit	784
2. Insolvenzgründe	786
3. Der Insolvenzantrag	789
4. Nachschusspflicht in der Insolvenz	796
5. Insolvenzplan	801
6. Besonderheiten	807
IV. Der Verein	809
1. Rechtsform und Grundlagen	809
2. Der rechtsfähige Verein	810
3. Besonderheiten bei Sportvereinen	817
4. Besonderheiten bei der Insolvenz des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit (VVaG)	818
5. Besonderheiten bei Kreditinstituten	819
6. Nichtrechtsfähiger Verein	819
V. Die Stiftung	820
1. Reform des Stiftungsrechts	820
2. Rechtsform und Grundlagen	821
3. Insolvenzfähigkeit und -gründe	822
4. Insolvenzantrag	822
5. Rechtsfolgen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens	823
VI. Die Unternehmergesellschaft	823
1. Allgemeines	823
2. UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG	824
3. Übergang zur regulären GmbH	824

	Seite
4. Die Krise der UG	824
5. Insolvenzantragspflicht	825
6. Pflicht zur Einberufung einer Gesellschafterversammlung bei drohender Zahlungsunfähigkeit (§ 5a Abs. 4 GmbHG)	825
7. Haftungsrisiken in der Krise und Sanierungsmaßnahmen	826
VII. Besonderheiten im Inland tätiger Gesellschaften ausländischer Rechtsform	826
1. Unterschiedliche Haftungsansätze	826
2. Folge der Aufgabe der Sitztheorie	826
3. Unternehmenskrise	827
4. Pflichten und Risiken der Beteiligten in der Krise	827
§ 29 Steuerliche Pflichten in der Insolvenz	
I. Mitwirkungs- und Erklärungspflichten in der Insolvenz	829
II. Besonderheiten bei einzelnen Steuerarten	833
1. Persönliche Steuern	833
2. Betriebliche Steuern	837
3. Sonstige Steuern	846
III. Haftung	848
1. Gesellschafterhaftung	848
2. Geschäftsführerhaftung	849
§ 30 Kreditgeschäft und Kreditsicherheiten	
I. Einleitung	854
II. Die Wirksamkeit der Kreditkündigung	854
1. Die ordentliche Kündigung	855
2. Die Kündigung von Verbraucherdarlehen	855
3. Die außerordentliche Kündigung	855
4. Einschränkungen des Kündigungsrechts	856
5. Die Rechtsfolgen der Kreditkündigung	857
III. Das Stillhalten mit Krediten	858
IV. Die Gewährung eines Sanierungskredits	858
1. Begriff	858
2. Die Abgrenzung zur sittenwidrigen Insolvenzverschleppung	859
3. Die Rechtsfolgen der Insolvenzverschleppung	860
4. Die Kündigung eines Sanierungskredits	861
V. Die Gewährung eines Überbrückungskredits	861
VI. Die Gewährung eines Liquidationskredits	862
VII. Die Behandlung von Gesellschafterdarlehen	863
1. Allgemeines	863
2. Die erfassten Gesellschaftsformen	864
3. Der betroffene Personenkreis	864
4. Der gesetzlich freigestellte Personenkreis	865
5. Das Gesellschafterdarlehen und wirtschaftlich gleichgestellte Forderungen	866
6. Die Rechtsfolgen	867
VIII. Die Anfechtung von Kreditgeschäften	868
1. Zweck und Grundprinzip der Anfechtung	868
2. Die Reform der Insolvenzanfechtung	868
3. Die anfechtbaren Rechtshandlungen	869
4. Der Handelnde	869
5. Die objektive Gläubigerbenachteiligung	870
6. Besonderer Teil der Insolvenzanfechtung	875
IX. Die Wirksamkeit von Kreditsicherheiten	887
1. Die Knebelung	887

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Die Übersicherung	890
3. Die Gläubigergefährdung	892
X. Die Anfechtung von Kreditsicherheiten	893
1. Das Bargeschäft	893
2. Die Anfechtung der Besicherung gem. § 130 InsO	895
3. Die Vorsatzanfechtung der Besicherung gem. § 133 InsO	898
4. Die Anfechtung der Besicherung gem. § 134 InsO	899
5. Die Anfechtung der Besicherung gem. § 135 Abs. 1 Nr. 1 InsO	899
XI. Kredite und Kreditsicherheiten im Restrukturierungsverfahren (StarUG)	900
1. Bestehende Kredite	900
2. Neue Kredite und Kreditsicherheiten	900
3. Bestehende Kreditsicherheiten	900
XII. Kredite und Kreditsicherheiten im Insolvenzeröffnungsverfahren	902
1. Der starke vorläufige Insolvenzverwalter	903
2. Der schwache vorläufige Insolvenzverwalter	905
3. Die Eigenverwaltung	907
4. Die Negativ- und Positivverklärungen	907
XIII. Kredite und Kreditsicherheiten im eröffneten Insolvenzverfahren	908
1. Die eingeräumten Kredite	908
2. Die Besicherung der Neukredite	910
XIV. Kredite und Besicherung im Insolvenzplanverfahren	910
1. Die Rückzahlung der Kredite bis zur Aufhebung des Insolvenzverfahrens ..	911
2. Die Kreditgewährung während der Überwachung der Planerfüllung	911
XV. Der Sicherheiten-Pool	913
1. Die Sicherheiten-Poolverträge der Kreditinstitute	913
2. Die Sicherheitenabgrenzungsverträge	917
XVI. Die Drittsicherheiten	918
1. Die Bürgschaft	918
2. Die Bürgschaft auf erstes Anfordern	918
3. Der Garantievertrag	920
4. Die Patronatserklärung	921
5. Die Erwerbs- oder Abkaufverpflichtung	922
6. Der Schuldbeitritt	922
7. Die gesetzlichen Beschränkungen von Drittsicherheiten	923
XVII. Die Verwertung von Kreditsicherheiten	928
1. Allgemeines	928
2. Die Verwertung im Insolvenzeröffnungsverfahren	929
3. Die Verwertung von Kreditsicherheiten nach Eröffnung des Insolvenz- verfahrens	936
4. Die Ersatzaussonderung	959
5. Die Ersatzabsonderung	961

2. Abschnitt. Die Beratung der Gläubiger

§ 31 Allgemeines zur Gläubigerberatung

I. Allgemeines	964
II. Gläubiger und ihre Organe	965
1. Arten von Gläubigern	965
2. Gläubigerorgane	969
3. Gläubigergruppen	976
III. Beschränkungen der Gläubiger	977
1. Vollstreckungsbeschränkungen	978
2. Ausschuss sonstigen Rechtserwerbs	979

	Seite
3. Verwertungsbeschränkungen	980
4. Insolvenzanfechtung	983
5. Aufrechnung	996
§ 32 Aussonderungsgläubiger	
I. Allgemeines	1001
II. Durchsetzung der Aussonderung	1001
1. Außergerichtliche Durchsetzung	1001
2. Der Aussonderungsrechtsstreit	1008
III. Aussonderungsfähige Rechte	1012
1. Aussonderungsgegenstand	1012
2. Eigentum	1013
3. Besitz	1022
4. Beschränkt dingliche Rechte	1022
5. Schuldrechtliche Herausgabeansprüche	1022
6. Forderungen	1023
7. Treuhandeigentum	1026
8. Kommission	1027
9. Besonderheiten in der Ehegatteninsolvenz	1027
IV. Ersatzaussonderung	1028
1. Allgemeines	1028
2. Voraussetzungen	1029
3. Inhalt des Anspruches	1030
§ 33 Absonderungsgläubiger (ohne Grundpfandgläubiger)	
I. Allgemeines	1032
II. Durchsetzung des Absonderungsrechtes	1033
1. Außergerichtliche Durchsetzung	1033
2. Gerichtliche Durchsetzung	1037
3. Rang konkurrierender Absonderungsrechte	1038
III. Die Verwertung der Absonderungsrechte	1038
1. Allgemeines	1038
2. Verwertung durch den vorläufigen Insolvenzverwalter	1038
3. Verwertung durch den Insolvenzverwalter	1039
4. Verwertung durch den Gläubiger	1052
5. Umsatzsteuerpflicht	1054
IV. Besondere Verfahrensarten	1054
1. Absonderungsrechte im Insolvenzplan	1054
2. Absonderungsrechte im Schuldenbereinigungsplan	1055
3. Absonderungsrechte in der Restschuldbefreiung	1056
V. Die Anmeldung zur Insolvenztabelle	1056
1. Allgemeines	1056
2. Pflicht eines Hinweises auf das Absonderungsrecht	1057
3. Ausschüttungen auf Ausfallforderungen	1058
VI. Allgemeine Absonderungsrechte	1058
1. Allgemeines	1058
2. Unbewegliche Gegenstände (§ 49 InsO)	1059
3. Pfandrechte (§ 50 InsO)	1059
4. Sonstige Absonderungsrechte (§ 51 InsO)	1062
§ 34 Grundpfandgläubiger	
I. Einleitung	1070
II. Die Grundpfandgläubiger	1071

Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Die dem Grundpfandgläubiger verhafteten Gegenstände	1071
1. Das der Zwangsvollstreckung unterliegende unbewegliche Vermögen	1072
2. Weitere, dem Grundpfandgläubiger verhaftete Gegenstände	1072
IV. Der Umfang des Absonderungsrechtes	1077
1. Der Umfang der zu befriedigenden Forderung	1077
2. Insolvenzplan und Absonderungsrecht	1078
V. Die Verwertung des unbeweglichen Vermögens	1078
1. Beginn der Verwertung vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens	1079
2. Verwertung nach Eröffnung des Verfahrens	1080
VI. Die Behinderung der für den Grundpfandgläubiger erfolgreichen Verwertung durch den Insolvenzverwalter	1083
1. Die einstweilige Einstellung nach § 30d Abs. 4 ZVG	1084
2. Die einstweilige Einstellung nach § 30d Abs. 1 Nr. 1–4 ZVG	1084
3. Die einstweilige Einstellung nach § 30d Abs. 2 ZVG	1086
4. Die einstweilige Einstellung nach § 153b ZVG	1086
5. Das Verlangen eines Doppelausgebotes nach § 174a ZVG	1087
6. Die Rechte und Reaktionsmöglichkeiten des Grundpfandgläubigers nach der einstweiligen Einstellung	1088
VII. Konkurrierende Absonderungsrechte	1094
1. Rangfolge der Absonderungsberechtigten	1094
2. Rangfolge zwischen Grundpfandgläubiger und Sicherungseigentümer am Zubehör	1096
VIII. Der Grundpfandgläubiger als gleichzeitig persönlicher Forderungsinhaber	1096
1. Die Anmeldung der Forderung zur Insolvenztabelle	1096
2. Der Umfang der Ausfallhaftung	1097
3. Der Nachweis der Ausfallhaftung	1099
4. Die Berücksichtigung der Haftung von Gesamtschuldnern	1099

§ 35 Arbeitnehmer als Gläubiger und Beteiligte

I. Allgemeines	1102
1. Das Arbeitsverhältnis in der Insolvenz	1102
2. Sonderregelungen der InsO	1103
3. Stellung des Insolvenzverwalters	1103
II. Der Arbeitnehmer	1107
1. Begriff des Arbeitnehmers	1107
2. Arbeitnehmerähnliche Personen	1108
3. Neben- und Teilzeitbeschäftigte	1109
4. Organmitglieder, Geschäftsführer	1109
5. Neu entstehende Arbeitsverhältnisse in der Insolvenz	1110
III. Ansprüche des Arbeitnehmers	1111
1. Einordnung der Ansprüche	1111
2. Ansprüche für die Zeit vor Insolvenzeröffnung	1112
3. Ansprüche für die Zeit nach Insolvenzeröffnung	1115
4. Ansprüche im Falle der Masseunzulänglichkeit	1116
5. Einzelne Arbeitnehmerforderungen	1117
IV. Kündigung und Kündigungsschutz im Insolvenzverfahren	1129
1. Kündigung	1130
2. Kündigungsschutz	1138
3. Der Betriebsrat	1155
4. Massenentlassung	1157
5. Kündigung durch den Arbeitnehmer	1159
V. Insolvenzgeld	1160
1. Anspruchsvoraussetzungen	1161

	Seite
2. Umfang des Anspruchs	1163
3. Verfahren	1165
4. Vorläufige Zahlungen	1166
5. Rückzahlungen	1167
6. Anspruchsübergang	1167
§ 36 Nachlassgläubiger	
I. Einleitung	1168
1. Unbeschränkte Erbenhaftung	1169
2. Anwendbare Vorschriften des Regelinsolvenzverfahrens	1169
3. Zweck	1170
II. Antragsrecht und Antragspflicht	1170
1. Antragsrecht	1170
2. Antragspflicht	1172
III. Insolvenzeröffnungsgründe	1173
IV. Mögliche Verfahrensgestaltungen	1174
1. Nachlassinsolvenz	1174
2. Eigeninsolvenz des Erben	1174
3. Fortgesetztes Insolvenzverfahren	1175
V. Die Eröffnung des Nachlassinsolvenzverfahrens und die Stellung der Beteiligten	1175
1. Zulässigkeit der Eröffnung	1175
2. Zuständigkeit	1176
3. Der Erbe als Nachlassschuldner	1176
4. Insolvenzverwalter	1176
5. Der nachlassverwaltende Testamentsvollstrecker	1177
VI. Nachlassgläubiger	1177
1. Umfang der Nachlassverbindlichkeiten	1177
2. Der Erbe als Nachlassgläubiger	1178
VII. Die Nachlassinsolvenzmasse	1178
1. Schadensersatzansprüche	1178
2. Anfechtung	1179
3. Keine dingliche Surrogation	1179
4. Schutz der Nachlassinsolvenzmasse – keine abgesonderte Befriedigung durch Vollstreckungsmaßnahmen	1179
VIII. Rangfolge der Befriedigung der Nachlassgläubiger	1180
IX. Beendigung des Insolvenzverfahrens	1181
§ 37 Vertragspartner gegenseitiger Verträge	
I. Kaufverträge	1186
1. Einführung	1186
2. Erfüllung	1188
3. Mängel	1189
4. Teilbare Leistungen	1192
5. Der Grundstückskauf	1193
6. Der Vorbehaltskauf	1194
7. Fixgeschäfte für Warenlieferungen	1199
II. Mietverträge und Pachtverträge	1200
1. Einführung	1200
2. Verträge über bewegliche Gegenstände	1201
3. Verträge über unbewegliche Gegenstände	1202
4. Kündigungssperre in der Mieterinsolvenz	1212
III. Werkverträge	1213

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Allgemeines	1213
2. Die Insolvenz des Werkunternehmers	1214
3. Die Insolvenz des Bestellers	1214
4. Das Werkunternehmerpfandrecht als Sicherungsrecht	1215
5. Die Kündigung des Werkvertrages in der Insolvenz	1217
6. Gewährleistung und Insolvenz	1219
7. Der Sicherungseinbehalt	1220
IV. Bauverträge	1221
1. Der VOB/B-Vertrag	1221
2. Der ARGE-Vertrag	1239
3. Der Bauträger-Vertrag in der Insolvenz	1242
V. Besonderheiten bei Leasingverträgen	1244
1. Allgemeines	1244
2. Die Insolvenz des Leasingnehmers	1244
3. Die Insolvenz des Leasinggebers	1247
VI. Factoringverträge	1249
1. Allgemeines	1249
2. Die Insolvenz des Factoringkunden	1250
3. Die Insolvenz des Factors	1250
4. Die Insolvenz des Forderungsschuldners	1252
5. Sicherungsmaßnahmen im vorläufigen Insolvenzverfahren	1252
VII. Lizenz- und Urheberrechtsverträge	1253
1. Lizenzverträge	1253
2. Urheberrechte	1263
VIII. Versicherungsverträge	1265
1. Allgemeines	1265
2. Die Insolvenz des Versicherungsnehmers	1265
3. Aussonderungs- und Absonderungsrechte	1267
4. Die Insolvenz der Versicherungsgesellschaft	1272
IX. IT und Insolvenz	1272
1. Hardware in der Insolvenz	1272
2. Software in der Insolvenz	1273
3. Schicksal der Internetverträge	1275
 § 38 (Einfache) Insolvenzgläubiger gemäß § 38 InsO	
I. Einführung	1277
II. Klassifizierung als Insolvenzforderung	1278
1. Begriff des Insolvenzgläubigers	1278
2. Abgrenzung der Insolvenzforderungen von sonstigen (privilegierten und nachrangigen) Forderungen	1279
3. Behandlung verschiedener Forderungsarten	1284
III. Beteiligung am Insolvenzverfahren	1286
1. Quotale Befriedigung der Insolvenzgläubiger	1286
2. Teilnahme am Insolvenzverfahren	1287
IV. Gebühren	1290
 § 39 Nachrangige Insolvenzgläubiger gem. § 39 InsO	
I. Allgemeines	1292
1. Zweck	1292
2. Anwendung	1293
3. Verfahren	1294
II. Insolvenzforderungen nach § 39 InsO	1295
1. Zinsen (Abs. 1 Nr. 1)	1295

	Seite
2. Kosten der Verfahrensteilnahme (Abs. 1 Nr. 2)	1295
3. Geldstrafen, Geldbußen uä (Abs. 1 Nr. 3)	1296
4. Forderungen aus unentgeltlicher Leistung (Abs. 1 Nr. 4)	1296
5. Forderungen aus Gesellschafterdarlehen (Abs. 1 Nr. 5)	1296
6. Nachlassinsolvenz (§ 327 InsO)	1297
7. Rangrücktrittsvereinbarungen (Abs. 2)	1297
8. Insolvenzplan	1297
 3. Abschnitt. Verfahrensrecht	
§ 40 Das Insolvenzeröffnungsverfahren	
I. Einführung	1299
II. Gang des Insolvenzeröffnungsverfahrens	1300
1. Insolvenzantrag	1300
2. Sicherungsmaßnahmen des Insolvenzgerichts	1305
3. Mitwirkungs- und Auskunftspflichten und -rechte der Gläubiger	1311
4. Entscheidung über die Insolvenzeröffnung	1313
5. Rechtsmittel gegen Entscheidungen im Insolvenzeröffnungsverfahren	1314
§ 41 Prozessuale Fragestellungen	
I. Unterbrechung der Prozessrechtsverhältnisse bei Verfahrenseröffnung	1316
1. Grundgedanke des § 240 ZPO	1316
2. Voraussetzungen der Verfahrensunterbrechung	1317
3. Rechtsfolgen der Unterbrechung gem. § 249 ZPO	1320
II. Beendigung der Unterbrechung und Aufnahme unterbrochener Verfahren	1321
1. Beendigung des Insolvenzverfahrens	1321
2. Aufnahme des unterbrochenen Verfahrens	1322
III. Die Aufnahme von Aktiv- und Passivprozessen im Einzelnen	1323
1. Aktivprozess, § 85 InsO	1323
2. Passivprozess über Aus- und Absonderungsrechte sowie Masseschuldansprüche, § 86 InsO	1325
3. Passivprozess über Forderungen der Insolvenzgläubiger, § 87 InsO	1328
IV. Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	1329
1. Verbot der Einzelvollstreckung	1329
2. Besonderheiten bei der Lohnpfändung	1331
3. Rückschlagsperre	1333
§ 42 Forderungsanmeldung und -durchsetzung	
I. Anmeldung und Prüfung der Forderungen	1336
1. Anmeldung von Insolvenzforderungen	1336
2. Forderungsanmeldung bei Absonderungsrechten	1341
3. Eintragung in die Tabelle	1342
4. Prüfung der Forderungen	1342
II. Durchsetzung bestrittener Forderungen	1343
1. Überblick	1343
2. Widerspruch des Schuldners	1344
3. Widerspruch durch Insolvenzverwalter oder andere Insolvenzgläubiger bzw. bei Eigenverwaltung durch Schuldner oder Sachwalter oder Insolvenzgläubiger	1347
4. Zur Forderungsfeststellungsklage im Einzelnen	1348
§ 43 Die Situation nach Beendigung des Insolvenzverfahrens	
I. Arten der Verfahrensbeendigung	1353

	Seite
1. Aufhebung nach Schlussverteilung, § 200 InsO	1353
2. Aufhebung nach Bestätigung des Insolvenzplans, § 258 InsO	1354
3. Aufhebung nach Antrag auf Restschuldbefreiung	1354
4. Einstellung mangels Masse, § 207 InsO	1355
5. Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit, § 211 InsO	1355
6. Einstellung nach Wegfall des Eröffnungsgrundes	1357
7. Einstellung mit Zustimmung aller Gläubiger	1357
II. Wirkungen der Verfahrensbeendigung	1357
1. Rückfall der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	1357
2. Nachhaftung des Schuldners	1359
3. Ende der materiellen Verjährungshemmung	1362
4. Auswirkungen auf laufende Prozesse	1362
 4. Abschnitt. Die Beratung der Geschäftspartner des Insolvenzverwalters	
 § 44 Geschäftspartner des vorläufigen Insolvenzverwalters	
I. Einführung	1365
II. Wirkungen der Verfügungsbeschränkungen	1365
1. Verfügungen des Schuldners	1366
2. Verpflichtungsgeschäfte des Schuldners	1367
3. Verfügungen des schwachen vorläufigen Insolvenzverwalters	1367
4. Leistungen an den Schuldner	1367
5. Zahlungsverkehr des Schuldners	1368
III. Verbindlichkeiten aus dem Insolvenzeröffnungsverfahren	1370
1. Ausgangslage	1370
2. Lösungsvorschläge für Geschäftspartner eines schwachen vorläufigen Insolvenzverwalters	1370
3. Besonderheiten bei Miet- und Pachtverhältnissen	1373
IV. Sicherungsrechte im vorläufigen Insolvenzverfahren	1374
1. Ausgangslage	1374
2. Allgemeine Probleme der Geltendmachung vor Insolvenzeröffnung	1375
3. Verhältnis der Aus- und Absonderungsrechte zur vorläufigen Insolvenz- verwaltung	1376
V. Anfechtungsrisiken für den Geschäftspartner	1378
1. Anfechtung von Rechtshandlungen während des Insolvenzeröffnungs- verfahrens	1378
2. Anfechtung im Zusammenhang mit Gläubigeranträgen auf Insolvenz- eröffnung	1379
VI. Haftung des vorläufigen Insolvenzverwalters	1379
1. Fallgruppen der Haftung des (vorläufigen) Insolvenzverwalters	1380
2. Allgemeine Haftungsanforderungen	1382
3. Haftungsrisiken für die Berater der Gläubiger	1382
 § 45 Geschäftspartner des Insolvenzverwalters	
I. Einführung	1385
1. Finanzielle Ressourcen des Insolvenzverwalters	1386
2. Vorrangige Befriedigung	1389
II. Exemplarische Gruppen von Geschäftspartnern	1399
1. Auftragnehmer/Auftraggeber	1399
2. Kunden/Lieferanten des Unternehmens	1403
3. Vermieter/-pächter	1405
4. Banken/Kreditgeber	1407
III. Gesellschafterdarlehen und Anfechtungsrechte	1408

	Seite
IV. Befriedigung der Masseverbindlichkeiten bei Masseunzulänglichkeit	1411
1. Eintritt der Masseunzulänglichkeit	1411
2. Befriedigung nach Rangklassen	1412
3. Beachtung der Rangklassen bei der Gläubigerberatung	1413
4. Verfahrenseinstellung	1415
V. Ansprüche gegen den Insolvenzverwalter	1415
1. Pflichten des Insolvenzverwalters	1416
2. Pflichtverletzung	1417
3. Verschulden	1423
4. Schaden	1424
5. Kausalität	1425
6. Informationserlangung	1426
7. Prozessuale Durchsetzung des Auskunftsanspruches	1427
8. Auskunftsanspruch bei Insolvenzabweisung mangels Masse	1427
9. Übersicht über die Befriedigungsaussichten	1428
 Teil C. Internationale Beratungsfelder	
§ 46 Internationales Insolvenzrecht	
I. Einleitung	1432
1. Gesetzliche Grundlage	1433
2. Harmonisierungsbemühungen	1434
II. Internationale Zuständigkeit	1436
1. Autonomes deutsches internationales Insolvenzrecht	1436
2. Europäische Insolvenzverordnung (2)	1437
3. Konkurrierende Zuständigkeit in EU-Staaten	1438
III. Grenzüberschreitende Geltung des nationalen Insolvenzstatuts	1438
1. Autonomes deutsches internationales Insolvenzrecht	1438
2. Europäische Insolvenzverordnung (2)	1443
IV. Die grenzüberschreitende Verwaltung der Insolvenzmasse	1447
1. Autonomes deutsches Internationales Insolvenzrecht	1447
2. Der Verwalter nach der Europäischen Insolvenzverordnung (2)	1450
V. Verwertung und Verteilung der Insolvenzmasse in grenzüberschreitenden Verfahren	1451
1. Die Abwicklung des Insolvenzverfahrens nach autonomem deutschen Recht	1452
2. Die Abwicklung grenzüberschreitender Verfahren in der Europäischen Insolvenzverordnung (2)	1453
VI. Partikular-/Sekundärinsolvenzverfahren	1455
1. Partikular-/Sekundärverfahren im autonomen deutschen internationalen Insolvenzrecht	1455
2. Partikular-/Sekundärverfahren nach der Europäischen Insolvenzverord- nung (2)	1458
VII. Insolvenzverfahren in Unternehmensgruppen nach der Europäischen Insolvenzverordnung (2)	1463
1. Anwendungsbereich	1463
2. Kooperation der Verfahrensbeteiligten	1464
3. Das Gruppenkoordinationsverfahren	1465
Sachverzeichnis	1473

